Deutschland: UN-Experte fordert die Regierung auf, weltweit Führungsstärke bei der Förderung einer menschenrechtszentrierten Entwicklung zu zeigen

BERLIN (19. November 2025) – Die deutsche Regierung sollte nicht von ihrem bisherigen Kurs abweichen, die menschenrechtsbasierte Entwicklung innerhalb der deutschen Grenzen und darüber hinaus zu fördern, erklärte heute ein UN-Experte.

„Krisen bieten auch Chancen. Die Regierung sollte bei der Förderung einer inklusiven, nachhaltigen und partizipativen Entwicklung sowohl innerhalb als auch außerhalb von Deutschland Führungsstärke an den Tag legen“, erklärte der Sonderberichterstatter für das Recht auf Entwicklung, Herr Surya Deva, in einer Stellungnahme am Ende seines offiziellen Besuchs in Deutschland. „Anstatt rückschrittlichen Tendenzen anderswo zu folgen, sollte Deutschland seine internationale Entwicklungszusammenarbeit nutzen, um alle Menschenrechte zu fördern, einschließlich des Rechts auf Entwicklung“, so der Experte.

Der Experte lobte die Bemühungen Deutschlands, Entwicklungsländern umfangreiche öffentliche Entwicklungsleistungen bereitzustellen, Ressourcen für die Klimafinanzierung zu mobilisieren, Millionen von Menschen, die vor Konflikten fliehen, Zuflucht zu gewähren und den Multilateralismus in verschiedenen Foren zu verteidigen.

„Anstatt Migranten und Geflüchtete als Belastung zu betrachten, sollten die Regierung, die politischen Parteien und die Gesellschaft sie als Gewinn für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft betrachten“, so Deva. „Die Regierung muss sicherstellen, dass Migranten und Geflüchtete ein würdiges Leben führen und alle Menschenrechte im Einklang mit dem Völkerrecht und dem deutschen Grundgesetz genießen können. Es ist unmenschlich, dass die Regierung Kindern seit Jahren das Recht auf Familienzusammenführung verweigert“, sagte er.

Die Regierung sollte entschiedene Schritte unternehmen, um Diskriminierung und Rassismus zu beseitigen, sagte Deva. Darüber hinaus sollte sie sich zum deutschen Kolonialerbe des Völkermords an den OvaHerero und Nama in Namibia bekennen, deren Nachkommen Entschädigungen leisten und sämtliche noch in Deutschland ausgestellten menschlichen Überreste und Artefakte zurückgeben.

Deva äußerte sich besorgt darüber, dass Deutschland seine öffentlichen Entwicklungsleistungen sowie die Mittel für die Sozialfürsorge kürzt und gleichzeitig sein Verteidigungsbudget erhöht. „Die nationale Sicherheit ist zwar ein legitimes Ziel,

aber mehr Waffen bedeuten nicht mehr Frieden oder mehr nationale Sicherheit. Ohne eine hundertprozentige Garantie für Frieden und Sicherheit dürfte der derzeitige Ansatz der deutschen Regierung einen Rüstungswettlauf auslösen und Unternehmen dazu ermutigen, von einer Kriegswirtschaft zu profitieren“, sagte er.

Er forderte die deutsche Regierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu fördern. „Die Regierung sollte dem Druck vom Wirtschaftslobbyismus, die Vorschriften zur Sorgfaltspflicht im Bereich der Menschenrechte zu verwässern, nicht nachgeben. Stattdessen sollte die Achtung der Menschenrechte und der Umwelt als Voraussetzung für die Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeiten gefördert werden. Nur dann können Unternehmen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung beitragen.“

Der ausführliche Bericht des Sonderberichterstatters über seinen Besuch und seine Empfehlungen werden dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im September 2026 vorgelegt.

ENDE

Surya Deva *ist der Sonderberichterstatter für das Recht auf Entwicklung.*

Sonderberichterstatter/unabhängige Experten/Arbeitsgruppen sind unabhängige Menschenrechtsexperten, die vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ernannt werden. Zusammen werden diese Experten als Sonderverfahren des Menschenrechtsrats bezeichnet. Die Experten der Sonderverfahren arbeiten auf freiwilliger Basis; sie sind keine Mitarbeiter der Vereinten Nationen und erhalten kein Gehalt für ihre Arbeit. Während das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen (UN Human Rights Office) als Sekretariat für die Sonderverfahren fungiert, sind die Experten in ihrer individuellen Funktion tätig und unabhängig von Regierungen oder Organisationen, einschließlich des OHCHR und der Vereinten Nationen. Alle dargelegten Ansichten oder Meinungen sind ausschließlich die des Autors und geben nicht unbedingt die Meinung der Vereinten Nationen oder des OHCHR wieder.

Länderspezifische Beobachtungen und Empfehlungen der Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen, einschließlich der Sonderverfahren, der Vertragsorgane und der universellen periodischen Überprüfung (Universal Periodic Review), finden Sie im Universal Human Rights Index.

Für Rückfragen und Medienanfragen wenden Sie sich bitte an: Antoanela Pavlova antoanela.pavlova@un.org

Für Medienanfragen zu anderen unabhängigen Experten der Vereinten Nationen wenden Sie sich bitte an Maya Derouaz (maya.derouaz@un.org) oder Dharisha Indraguptha (dharisha.indraguptha@un.org)

Weitere Neuigkeiten zu den unabhängigen Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen finden Sie auf X: @UN_SPExperts.